



## **SP Baselland reicht die Initiative für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung ein**

Die SP Baselland hat am 18. März 2011 die Initiative „Schluss mit den Steuerprivilegien!“ für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Baselbiet eingereicht. 1948 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben dieses Volksbegehren unterschrieben. Jetzt wird das Volk das Sagen haben, ob diese Extrawurst für reiche Ausländerinnen und Ausländer weiter geführt wird oder nicht.

Worum geht es? Mit der Initiative wird der Absatz 2 von § 10 bis des kantonalen Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern ersatzlos gestrichen. Darin heisst es, dass steuerpflichtige natürliche Personen, die kein Schweizer Bürgerrecht haben, im Kanton Baselland dauerhaft nach Aufwand besteuert werden können. Es geht also darum, das Steuerprivileg der pauschalen Aufwandbesteuerung abzuschaffen. Die Zeit der Extrawurst für reiche, in der Schweiz wohnhafte, aber hier nicht erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer ist vorbei!

Die SP Baselland hat die Initiative vor etwas über einem Jahr lanciert. In der Zwischenzeit haben 1948 Stimmberechtigte unseres Kantons das Anliegen unterschrieben. Die Erfahrungen beim Sammeln der Unterschriften stimmen uns überaus optimistisch im Hinblick auf eine kommende Volksabstimmung.

Auch die Erfahrungen in anderen Kantonen stimmen uns diesbezüglich zuversichtlich. Vor zwei Jahren wurde in Zürich in einer Volksabstimmung die Pauschalbesteuerung abgeschafft. Mittlerweile sind in verschiedenen Kantonen wie in St. Gallen, Luzern, Thurgau und Basel-Stadt Volksinitiativen zur Abschaffung der Aufwandbesteuerung zustande gekommen bzw. entsprechende parlamentarische Vorstösse überwiesen worden. Die Abstimmungen darüber finden 2011 oder 2012 statt. In Glarus hat der Landrat der Abschaffung zugestimmt und im Mai wird die Landsgemeinde darüber befinden. Weiter sind in Zug, Appenzell-Ausserrhodon, Schaffhausen und Bern Unterschriftensammlungen für entsprechende Volksinitiativen lanciert und teilweise schon eingereicht worden.

Im Baselbiet kann angesichts der geringen Anzahl von Pauschalbesteuerten von einem Massenexodus keine Rede sein. Es ist aber sinnvoll, jetzt diese Privilegien zu kappen. Damit können wir vermeiden, dass das Baselbiet sich durch das Anziehen von Pauschalbesteuerten der Steuerflucht Vorschub leistet und als Trittbrettfahrer die Bemühungen anderer Kantone, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen, unterläuft.

Auskunft erteilen:

Martin Rüegg, Landrat und Präsident der SP Baselland

079 357 69 27

Ruedi Brassel, Landrat und Sekretär der SP Baselland

079 393 48 49